Klimapolitik kann die Renten gefährden

Eine Studie des Bundesamts für Umwelt zeigt die Risiken von Öl- und Gasaktien auf.

Hans Galli

Ein heisser Sommer liegt hinter uns und weitere sind zu erwarten. Das zumindest, wenn wir in unseren Fabriken, mit unseren Heizungen und unseren Autos weiterhin so viel CO_2 ausstossen wie bisher. Ohne Gegenmassnahmen erwartet der Weltklimarat bis ins Jahr 2100 einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 3,5 Prozent. Gletscher in den Alpen und das Eis an den Polen würden schmelzen. «Mailand bekäme dann einen Meerhafen», sagte der Direktor des Bundesamts für Umwelt (Buwal), Bruno Oberle, gestern ironisch vor den Medien in Bern.

Die UNO hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen. An der Weltklimakonferenz in Paris vom 30. November bis 11. Dezember sollen Massnahmen beschlossen werden. Die teilnehmenden Länder haben dazu Vorschläge unterbreitet. Diese genügen zwar nach Meinung der Klimaexperten noch nicht, aber immerhin würde die Welttemperatur nur noch um 2,7 Prozent ansteigen.

Alle Vorschläge laufen letztlich darauf hinaus, Öl, Gas und Kohle im Boden zu lassen. Das aber hätte weitreichende Folgen für die Unternehmen, welche die fossilen Rohstoffe fördern und verarbeiten, und für die Anleger, welche Aktien von diesen Unternehmen besitzen. Das sind neben Privatanlegern insbesondere auch Aktienfonds und Pensionskassen.

In der vom Buwal gestern veröffentlichten Studie «Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz» wurden die 100 grössten Schweizer Aktienfonds und -portfolios ausgewählter Pensionskassen untersucht. Verfasst hat die Studie die South Pole Group, welche 2006 als Spinoff an der ETH Zürich entstanden ist.

Die Verfasser haben errechnet, wie hoch die CO_2-Abgabe sein müsste, damit sie die Kosten der Emissionen deckt, welche von den Öl-, Gas- und Kohlefirmen stammen. Sie kommen zum Schluss, dass die Schweiz dafür zwischen 0,5 und 1,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts aufwenden müsste. Die Pensionskassenrenten würden um 2 bis 4 Prozent sinken. Die Studie empfiehlt, der Umstieg auf klimafreundliche Anlagen sei zu prüfen.

Warnung vor voreiligen Schlüssen

Es sei sehr schwierig, die Aktienkurse von Erdöl- und Erdgasfirmen vorauszusagen, sagt jedoch Luzius Neubert, Anlageexperte der Beratungsfirma PPCmetrics in Zürich. Wenn tatsächlich mit langfristig sinkenden Kursen gerechnet werden müsste, hätten die Anleger längst reagiert und ihre Aktien verkauft. Wie unsicher Prognosen seien, zeige sich aktuell: Noch vor kurzem sei vor stark steigenden Erdölpreisen gewarnt worden, stattdessen seien sie gesunken.

Jede Pensionskasse müsse selber entscheiden, ob sie nur noch in nachhaltige Anlagen investieren wolle oder nicht. Zu beachten habe sie dabei die Interessen ihrer Versicherten, und diese gehörten in der Regel unterschiedlichen politischen Richtungen an. Ein Verkauf der Titel von Erdöl- und Erdgasfirmen und eine Neuinvestition in nachhaltige Anlagen seien zudem mit Kosten verbunden. Das gelte es ebenfalls zu berücksichtigen, denn wegen des tiefen Zinsniveaus seien die Renditen momentan ohnehin unter Druck.